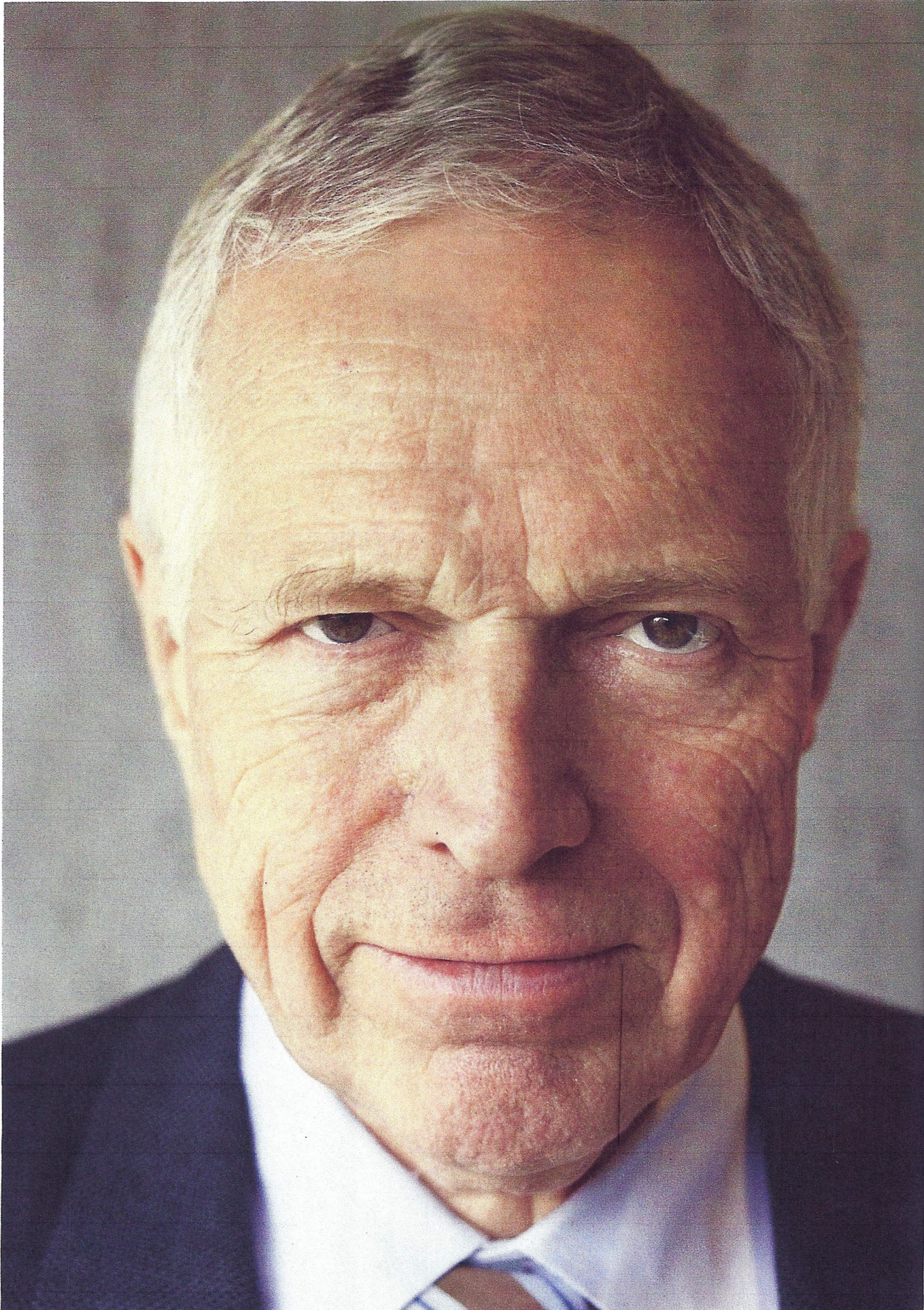


Ma NOBEL



rend: Sie sind
chaftsnobe
nd so viele
ie über die
orausgeseh
helps: Ach,
mit Erdbe
on Zeit zu
ie zu prog
inf oder s
chon seit L
inanzsekt
war nicht
inger von
chule und
automatisch

r Person: Ed
t als einer de
nischen Ökon
Columbia Unive
irtschaftsnob
n Zielkonflik
tscheidungen
mit dem Fort
chaftsinstituts
elps schuf die
beitslosenrate
nem Werk üb
irtschaftswach
ndete er das
society an der Un

„Man muss den Sozialstaat zurückfahren“

NOBELPREISTRÄGER. Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Edmund Phelps postuliert im Exklusivinterview mit dem trend, dass die Europäer künftig erst mit siebzig in Pension gehen werden. Phelps hält eine Insolvenz der USA für möglich und einen Kapitalismus ohne Krisen für unvorstellbar.

Interview: Karl Riffert

trend: Sie sind ein hochintelligenter Wirtschaftsnobelpreisträger. Warum haben Sie und so viele Ihrer Kollegen die große Krise, die über die Welt gekommen ist, nicht vorausgesehen?

Phelps: Ach, mit Wirtschaftskrisen ist es wie mit Erdbeben. Wir wissen, sie passieren von Zeit zu Zeit, aber es ist sehr schwierig, sie zu prognostizieren. Dennoch gab es fünf oder sechs namhafte Ökonomen, die schon seit Längerem vor einem Desaster im Finanzsektor warnten. Ich selbst gehörte zwar nicht dazu, war aber dennoch nie ein Jünger von Milton Friedmans Chicagoer Schule und deren Glaube, dass Märkte automatisch immer wieder zu einem Gleich-

gewicht zurückkehren. Das ist schlicht naiv. Ich kann mir keinen Kapitalismus vorstellen, der frei von Krisen wäre. Was man tun kann, ist höchstens, ihre Wahrscheinlichkeit zu reduzieren

Ist die Angst berechtigt, dass durch die Finanzkrise eine massive Welle von hoher Arbeitslosigkeit heranrollt – und nicht so schnell abebbt? Die Welle ist ja schon da, aber sie könnte in der Tat noch höher werden. Das liegt nicht nur an den Auswirkungen der Krise, sondern auch an anderen Faktoren: Die Produktivität steigt, man braucht also weniger Menschen für denselben Output, und die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte steigt ebenfalls durch die Globalisierung dramatisch an. Die Frage ist für mich eher, wohin wird uns die Genesung der Wirtschaft führen. Ich fürchte, eine Fast-Vollbeschäftigung wie wir sie Ende der neunziger Jahre zum Beispiel in den USA mit einer Arbeitslosenrate von 3,9 Prozent erlebten, werden wir lange nicht mehr sehen. Diese Zahlen waren Resultate eines Booms. Und einen neuen Boom sehe ich weit und breit nicht. **Können staatliche Konjunkturmaßnahmen daran langfristig etwas ändern?**

Kurzfristig wirken solche Programme immer. Langfristig bin ich da eher skeptisch. Ich glaube, dass die Flut an Konjunkturmaßnahmen zu Zinserhöhungen führt – und deswegen nach hinten losgehen wird. Denn hohe Zinsen bremsen das Wachstum. Und wenn ganze Wirtschaftszweige von staatlichen Aufträgen abhängen, hemmt das eher die Kreativität der Unternehmen, es ist also eine Innovationsbremse. Das ist ein bisschen wie mit der Artenvielfalt in der Natur. Eine starke Volkswirtschaft benötigt eine Vielfalt an Investoren und eine Vielfalt an Konsumenten.

Abgesehen von der Wirksamkeit bleibt die Frage der Finanzierbarkeit. Werden die Staaten die jetzt angehäuften Schulden überhaupt je zurückzahlen können?

In den meisten Fällen schon. Ich kann zwar nicht ausschließen, dass zum Beispiel die USA zahlungsunfähig werden, aber es ist doch eher unwahrscheinlich. Der extreme Anstieg der Staatsverschuldung erhöht aber nicht nur den jährlichen Zinsendienst des Staats, sondern wird ab 2020 zu einer enormen Anhäufung von Rückzahlungsverpflichtungen führen. Die Regierungen wären daher gut beraten, schon vorher einen Teil dieser Schulden zu begleichen. Das wird nur gelingen, wenn im kommenden Jahrzehnt Budgetüberschüsse erwirtschaftet werden statt Defizite. Tatsächlich ist aber derzeit das Gegenteil der Fall: Die Budgetdefizite wachsen weltweit immer noch.

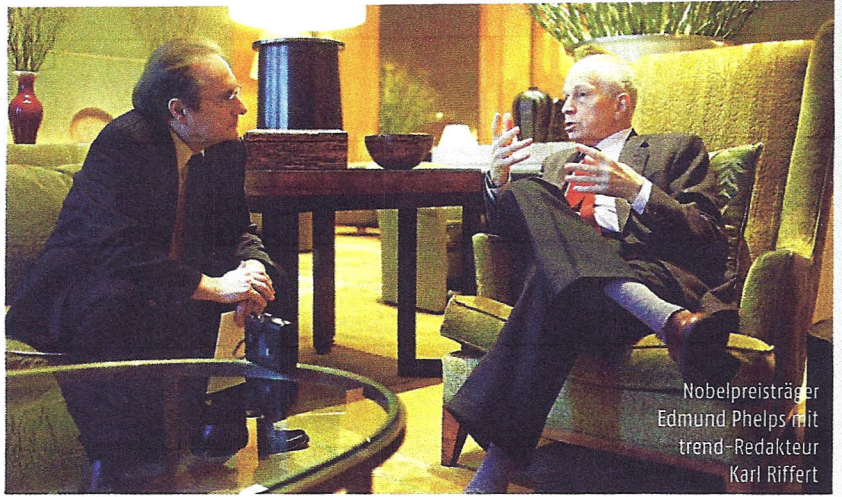
Wie ließen sich denn Ihrer Meinung nach die Defizite am effizientesten zurückführen?

Es wird notwendig sein, den Sozialstaat zurückzufahren und die Pensionssysteme zu entlasten. Das Pensionsantrittsalter muss radikal nach oben verschoben werden. Die Pensionssysteme in Europa sind ja geradezu bizarr, und da muss man nicht einmal nach Griechenland schauen. Wenn Frauen mit 58 in Pension gehen können, wie das in etlichen europäischen Ländern der Fall ist, macht das volkswirtschaftlich nicht nur keinen Sinn, es ist schlicht auch nicht länger finanzierbar. Wir werden in der Zukunft auch in Europa Pensionsantrittsalter von siebzig Jahren sehen.

Was halten Sie von neuen Steuern zum Schuldenabbau, von der Bankensteuer bis zur Tobin-Tax, also einer Finanztransaktionssteuer?

Das ist reine Illusion. Ich glaube nicht, dass die Tobin-Tax jemals eine ergiebige Steuerquelle sein wird, weil die globale Durchsetzung scheitern wird. Bei einer regionalen Einführung wird sie bestenfalls ein bisschen Sand ins Getriebe der Finanzmärkte bringen und bescheidene Be- >

Zur Person: Edmund Strother Phelps, 76, gilt als einer der renommiertesten amerikanischen Ökonomen. Der Professor der Columbia University erhielt 2006 den Wirtschaftsnobelpreis für seine Analyse von Zielkonflikten in makroökonomischen Entscheidungen der Politik. 2008 wurde er mit dem Forschungspreis des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel ausgezeichnet. Phelps schuf den Begriff der „natürlichen Arbeitslosenrate“ und wurde 1966 mit seinem Werk über die goldenen Regeln des Wirtschaftswachstums bekannt. 2001 gründete er das Center on Capitalism & Society an der Columbia University.



Nobelpreisträger
Edmund Phelps mit
trend-Redakteur
Karl Riffert

träge abwerfen. Die Idee, Banken als Profiteure von staatlichen Hilfen auch zu deren Finanzierung einzusetzen, ist natürlich bestechend. Die Frage ist aber, was und wie hoch man besteuert.

Ihr Vorschlag dazu?

Mir erschien plausibel, Banken und auch Hedgefonds nach der Höhe der von ihnen selbst aufgenommenen Kredite zu besteuern. Es wird ja mit enormen Hebeln spekuliert, aber Banken und Hedgefonds zahlen für diese Kredite meist sehr niedrige Zinssätze und nicht den korrekten Preis, denn dieser müsste auch die Risikokosten beinhalten, die bei einem Ausfall entstehen. Diese Kosten trägt jetzt die Allgemeinheit. Vor allem für kurzfristige Spekulationskredite sollte man so etwas einführen. Das könnte Hebelezzesse zumindest einbremsen. Es gab in der Finanzindustrie jede Menge Verantwortungslosigkeit, weil man im Fall des Falles immer mit einer staatlichen Rettung rechnete.

Wohl zu Recht, weil zahlungsunfähige Großbanken das Potenzial haben, ganze Finanzsysteme in den Abgrund zu reißen.

Ich hasse diesen Spruch: „Too big to fail“. Wir brauchen eine komplette Neuorganisation der Bankenwirtschaft und auch der Regulierungsbehörden. Wir sind jetzt in einer Situation, wo die Banken vielfach den Eindruck machen, dass das Letzte, was sie interessiert, ihr Kerngeschäft ist: nämlich die Verleihung von Krediten an die Realwirtschaft. Die Antwort darauf muss eine schärfere und bessere Regulierung sein. Es ist ein Problem, wenn selbst Praktikanten in Investmentbanken ein paar Millionen Dollar im Jahr verdienen, während ein Beamter der Regulierungsbehörde vielleicht hunderttausend Dollar Jahresgehalt hat. Da ist dann klar, wohin die talentierteren Leute gehen. Dazu kommt, dass es auch kaum Incentives für die Regulatoren gibt, sich mit mächtigen Banken und Fonds anzulegen.

„Die Pensionsysteme in Europa sind geradezu bizarr, und da muss man gar nicht nur nach Griechenland schauen.“

Was halten Sie von der Idee einer verpflichtenden Bankenversicherung für den Fall von Zusammenbrüchen einzelner Institute?

Das wäre eine zusätzliche Kapitalreserve, im Prinzip eine gute Idee. Wichtiger wäre aber, wenn die privaten Haushalte mehr auf die Seite legen würden. Es gibt so viele Amerikaner, die finanziell auf einer sehr dünnen Eiskecke herumfahren, das ist nicht nur für jeden einzelnen riskant, sondern auch für die ganze Volkswirtschaft.

Hat die Welt aus dieser schwersten Krise seit den dreißiger Jahren gelernt?

Ich fürchte nein. Es überrascht mich, dass die Banken und Hedgefonds zum Teil wieder genauso weitermachen wie vor der Krise. Die Bereitschaft, hohe Risiken einzugehen, nimmt wieder zu. Auch die Lust auf gegenseitige Übernahmen, die sowohl in der Luftfahrtbranche wie auch in der Bankenwelt dazu führt, dass man sich regelmäßig übernimmt.

Erleben wir gerade eine große tektonische Verschiebung des Wohlstands von West nach Ost?

Ich glaube, wir werden Augenzeugen des langsamen ökonomischen Abstiegs des Westens. Unsere Volkswirtschaften sind nicht innovativ genug; zu viele Dinge laufen schief. In Europa zum Beispiel sind die Produktivitätssteigerungen in den meisten

Ländern viel zu gering. Dennoch leistet man sich unverdrossen noch mehr Wohlfahrtsstaat und kostspielige Klimaschutzmaßnahmen. Wir beschäftigen uns in Europa und den USA mehr mit der Frage, wie man das Geld ausgibt, statt mit der Frage, wie man es in einer kompetitiven Welt verdient.

Wohin wird das aus Ihrer Sicht führen?

Die Wirtschaften in Europa werden in den nächsten Jahren um ein bis zwei Prozent pro Jahr wachsen. Im Gegensatz dazu wird China jährliche Wachstumsraten von acht bis zehn Prozent erwirtschaften. China hat das Potenzial, in absehbarer Zeit eine so starke Wirtschaftsmacht wie die USA zu werden. Je mehr Währungsreserven und Handelsüberschüsse China anhäuft, umso reicher wird es, während die Amerikaner ihre Gürtel enger schnallen müssen. Das wird uns dazu führen, dass China über kurz oder lang ein deutlich größeres Stück des Weltkuchens bekommt und Amerika ein kleineres. Letztlich stellt das jedoch nur wieder jenen Zustand her, den es früher schon jahrhundertlang gab, als China rund zwanzig Prozent des Weltbruttonationalprodukts erwirtschaftete.

Schlussfrage: Haben Sie das Gefühl, dass die Krise bislang politisch gut gemanagt wurde?

Auf jeden Fall besser als in den dreißiger Jahren, als unglaublich viele Fehler gemacht wurden. Das Ausmaß von Inkompetenz, das damals zur großen Depression führte, wäre aber angesichts der historischen Erfahrung so nicht wiederholbar. Dennoch gibt es heute völlig falsche Vorstellungen davon, was eine florierende Volkswirtschaft braucht. Man kann nicht Jobs schaffen, indem man irgendeinen politischen Hebel umlegt. Es braucht Innovation. Ein Begriff übrigens, der auch in den traditionellen Modellen von Ökonomen kaum Beachtung findet. Nur Innovation schafft letztlich jene Produktivitätsfortschritte, die den Wohlstand wachsen lassen. ●